

Petition an das Europäische Parlament

Europäisches Ackerland als unser gemeinsames Gut erhalten und verwalten:

Ein Aufruf zivilgesellschaftlicher Organisationen zu nachhaltiger und gerechter EU-Bodenpolitik

Wir, Bürger_innen, Bauern- und Bäuerinnenorganisationen, Organisationen für ländliche Entwicklung, Bürgerbewegungen für lokale und nachhaltige Landwirtschaft, Umweltorganisationen und Menschenrechtsorganisationen fordern das Europäische Parlament auf, eine Position zu nachhaltiger und gerechter EU Gouvernanz von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen anzunehmen und die Europäische Kommission dazu aufzufordern, die existierenden Regelungen und Strategien anzupassen und weitere zu entwickeln, sodass sie dazu beitragen, landwirtschaftlich nutzbares Land als unser gemeinsames Gut zu erhalten und zu verwalten.

Im globalen Kontext steigender Spannungen um landwirtschaftlich nutzbare Flächen müssen europäische Bürger, zivilgesellschaftliche Organisationen und politische Repräsentanten anerkennen, dass Europa ebenfalls direkt betroffen ist, und Maßnahmen ergreifen muss. Aktuelle Studien¹ zeigen, dass die Bodenpolitik in Europa ein reales und dringendes Problem darstellt. Der derzeit auf Landnutzung und –verwaltung ausgeübte Druck beeinflusst direkt unsere Arbeits- und Lebensbedingungen, unsere Lebensqualität und die Solidarität zwischen europäischen Bürger_innen und der übrigen Welt, sowie mit den nächsten Generationen. Er bewirkt eine Verschlechterung der Böden, der Biodiversität, des Wassers und der Luft, geringere Möglichkeiten, den Klimawandel abzumildern, ungenügenden Zugang zu gesunden und hochwertigen Nahrungsmitteln, er hat negative Auswirkungen auf die Ernährungssouveränität in Europa und dem globalen Süden, Vernichtung von landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen, ländlichen Aktivitäten und Ökonomien, die einen Lebensunterhalt und wünschenswerte Arbeit für viele Einwohner der EU anbieten könnten.

Der Umfang, die Tiefe und die Geschwindigkeit der gegenwärtigen Welle von steigenden Spannungen um landwirtschaftliche Fläche geben Grund zu großen Befürchtungen über die gegenwärtige und zukünftige Einhaltung der Menschenrechte weltweit. Europäische Staaten haben die Verpflichtung, die Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und einzuhalten, und besonders das Recht auf Nahrung der Menschen in Europa und auf der ganzen Welt. Eine nachhaltige und gerechte EU-Bodenpolitik ist Teil der existierenden Verpflichtung zur Einhaltung der

¹ Hands off the Land Coalition und Europäische Koordination Via Campesina: „Land concentration, land grabbing and people’s struggles in Europe“, Juni 2013.

Verzandvoort, S., Rietra, R., Hack, M.: „Pressures on Prime Agricultural land in Europe“, Alterra, Wageningen UR November 2009, Report of the Dutch Ministry of Agriculture on Prime Agricultural Land.

European Environment Agency, Agricultural ecosystems: 10 messages for 2010. Institute for European Environmental Policy.

Menschenrechte, die die Europäischen Staaten eingegangen sind und ein Weg, Ernährungssouveränität und das Recht auf angemessene Nahrung und Ernährung sicherzustellen.

1. Landwirtschaftliche Fläche ist die Grundlage von Nahrungsproduktion, dauerhaften Ökosystemen und lebendigen ländlichen Gebieten.

Landwirtschaftliche Fläche ist eine komplexe Ressource. Er ist Vieles gleichzeitig: ein Besitz privater oder öffentlicher Eigentümer, die Grundlage vieler menschlicher Betätigungen (Nahrung, Freizeit), und, wie Wasser oder Luft, eine existentielle Ressource -, Quelle von Nahrung, Wasser und reichen und ausgewogenen Ökosystemen. Als größter Bestandteil des Gebietes der EU ist landwirtschaftlich genutzte Fläche auch bestimmend für die Gestaltung unserer Landschaften und unserer Lebensqualität. Als physische Grundlage der Tätigkeit von Bäuerinnen und Bauern ist sie eine essentielle Grundlage für die Schaffung von Arbeitsplätzen, lokale Aktivitäten und lebendigen ländlichen Gebieten.

2. Starker Druck auf europäischen Boden:

Es gibt vier Arten von Druck, die gegenwärtig auf die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen in Europa ausgeübt werden:

- **Die Zerstörung von landwirtschaftlich nutzbarem Flächen:** Wir haben vergessen, dass landwirtschaftlich nutzbare Fläche eine nicht-erneuerbare Ressource sind und zerstören sie achtlos mit großer Geschwindigkeit, um Platz für die Entwicklung von Städten und Infrastruktur zu schaffen. Ein großer Teil dieser Entwicklungen finden in der Nähe von Städten statt, wo oft das fruchtbarste Land liegt. Wie es mit Naturschutzgebieten geschehen ist, müssen wir deshalb anfangen, die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen in der EU als wertvolle und begrenzte Ressource zu begreifen, die erhalten und geschützt werden muss.
- **Die Zerstörung von landwirtschaftlichen Ökosystemen:** die landwirtschaftliche Praxis führt überwiegend zu einer Verminderung der Biodiversität, der Verschmutzung von Wasser und Luft, der Vereinheitlichung von Landschaften und dem Raubbau an seiner wichtigsten Grundlage, der Bodenfruchtbarkeit. Bestehende Studien sind besonders erschreckend und zeigen die Notwendigkeit einer radikalen Umorientierung landwirtschaftlicher Modelle hin zur Agrarökologie.
- **Landkonzentration:** Seit Jahrzehnten hat die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die nationale Landwirtschaftspolitik vor allem die sog. Modernisierung der europäischen Landwirtschaft vorangetrieben, in Gestalt von Spezialisierung, Mechanisierung, Intensivierung und Landkonzentration. Während nach dem Zweiten Weltkrieg eine große Veränderung zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion notwendig war, werden heute vermehrt die daraus folgenden Umweltschäden sowie ökonomische und soziale Auswirkungen wie der Verlust von Arbeitsplätzen und die Zerstörung des sozialen und ökonomischen Gefüges in ländlichen Gegenden erkannt. Große bis sehr große Betriebe gehen überwiegend Hand in Hand mit begrenzter Beschäftigung, Einheitlichkeit der Produktion, langen Versorgungsketten und Loslösung von lokalen Konsumenten, Zulieferern und Gemeinschaften sowie dem Fehlen von Weiterverarbeitung und anderen

Aktivitäten auf dem Hof. Die pauschale Konzentration der Politik auf große Betriebe bewirkt, dass kleine bis mittlere Bauernhöfe – die überwiegend ökonomisch und ökologisch nachhaltig sind – die notwendige Unterstützung fehlt (z.B. Zugang zu Krediten und Zuschüssen, etc.). Letztere verlieren ihren Zugang zu Land häufig an erstere, im Kontext des gegenwärtig überwiegend unregulierten Bodenmarktes. Zudem sind große bis sehr große Farmen schwerer von Neueinsteigern zu übernehmen.

- **Blockade von Generationswechsel und Neueinsteigern:** Da die meisten Landwirte in der EU älter sind als 55, wird es im kommenden Jahrzehnt einen massiven personellen Wechsel in der Bewirtschaftung von Boden und Betrieben geben. Dennoch bieten die gegenwärtige Funktionsweise der Bodenmärkte und die generelle Ausrichtung der Agrarpolitik keine angemessene Unterstützung für die Übergabe von Höfen und die Etablierung von Neueinsteigern. Häufige Hindernisse sind das Fehlen von technischer und sozialer Unterstützung für Abgebende und zukünftige Bäuerinnen und Bauern, die Last der notwendigen Investitionskosten für die Hofgründung, fehlende Pachtsicherheit, etc. Klein- und Biobäuerinnen und –bauern und alle, die ungewöhnliche Wege gehen (Direktvermarktung, hohe Wertschöpfung, Junglandwirt_innen ohne Landwirtschaft in der Familie) müssen sich zusätzlichen Schwierigkeiten und mangelnder Unterstützung stellen. Trotzdem bietet dieser Generationswechsel eine einmalige Gelegenheit für die Neuausrichtung der europäischen Landwirtschaft hin zu ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit.

Um die Vorrangigkeit der Landnutzer, zuallererst die Bäuerinnen und Bauern, und globaler und sozialer Bedürfnisse bei der Nutzung und Verwaltung des Bodens sicherzustellen, muss landwirtschaftlich nutzbare Fläche als politische Aufgabe auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene behandelt werden. Politische Entscheidungsträger müssen sicherstellen, dass die Nutzung des Bodens langfristige soziale Bedürfnisse erfüllt. Dazu gehören die Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzbarkeit, Produktion lokaler, hochwertiger Nahrungsmittel, Bewahrung von natürlichen Ressourcen und Biodiversität, Schaffung von Arbeitsplätzen, Generationswechsel auf den Höfen, Gleichgewicht zwischen urbaner und ländlicher Fläche und Bevölkerung sowie Landschaftsschutz.

3. Betroffen, aber ignoriert: Europäisches Ackerland inmitten der EU-Politik

Die meisten Vorschriften und Richtlinien, die Ackerland betreffen (Raumordnung, Steuerrecht, Umweltrichtlinien, etc.) liegen in der Kompetenz von Nationalstaaten und lokalen Autoritäten. Trotzdem ist Ackerland direkt oder indirekt von vielen EU-Richtlinien und –Vorgaben betroffen, besonders in den folgenden Bereichen:

- Umwelt: EU-Richtlinie für Erneuerbare Energien (2009/28/EG), Nitratrictlinie (91/676/EWG), Wasserrahmenrichtlinie (2000/60/EG), etc.
- Regionalpolitik, Mobilität und Transport: Entwicklung weitreichender Transport- und anderer Infrastruktur, sozialer und territorialer Zusammenhang
- Gemeinsame Agrarpolitik: allgemeine Ausrichtung der Landwirtschaft, Landnutzung und ihre Entwicklung, Bodenpreise, Junglandwirt_innen, Naturschutz, etc

Während wir das internationale Jahr der Familienlandwirtschaft feiern, ist es wichtig, den großen Beitrag und das Potenzial der kleinen bis mittleren bäuerlichen Betriebe anzuerkennen. Deshalb kann die Neuausrichtung der EU-Politik und -Richtlinien auf die Förderung von Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit beim Zugang zu Land und in der Landwirtschaft einen entscheidenden Betrag zur Europa 2020-Strategie leisten. Sie kann besonders direkt Beschäftigung und Aktivität ermöglichen, zur Abmilderung des Klimawandels, zur Anpassung daran und zu nachhaltiger Energieversorgung beitragen sowie die Verringerung der Armut und soziale Inklusion fördern.

4. Unsere Forderungen an das Europäische Parlament

Um sicherzustellen, dass landwirtschaftlich nutzbares Land kein blinder Fleck in der europäischen Politik bleibt und auf Grundlage des gegenwärtigen gesetzlichen Rahmens, dessen notwendiger fortlaufender Kontrolle und der Notwendigkeit, die besten internationalen Standards zu erfüllen, bitten wir das Europäische Parlament:

- Der Kommission vorzuschlagen, die Bodensituation durch die Entwicklung einer beobachtenden und statistischen Einrichtung zu erforschen und zu überwachen (Landnutzung, Landkonzentration, Bodenpreise, Pachtordnungen, Bodenfruchtbarkeit, Raumplanung, etc.)
- Die Auswirkungen der EU-Politik auf Landnutzung und -verteilung zu überprüfen und den gegenwärtigen Stand der Bodenpolitik in der EU nach den Maßstäben der 2012 von der FAO verabschiedeten „Freiwillige Richtlinien zur verantwortungsvollen Regelung der Besitzverhältnisse von Land, Fischerei und Forst im Kontext nationaler Ernährungssicherheit“² (Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security) zu bewerten. Bei der Bewertung mit Mitgliedsstaaten, Bauern- und Bäuerinnenorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten, um konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenbesitzstruktur in der EU zu ermitteln.
- Die Auswirkungen der GAP und der nationalen Umsetzungsmaßnahmen auf kleinstrukturierte Landwirtschaft und Familienlandwirtschaft seit den frühen 1990ern zu beurteilen.

Desweiteren, um rechtzeitig eine vernünftige Umsetzung der GAP im Dienst des allgemeinen Interesses der Europäer_innen für die nächsten Jahre sicherzustellen, fordern wir das Europäische Parlament auf:

- Mit der Kommission zusammenzuarbeiten bzgl. der Auslotung der Möglichkeiten zur Begrenzung des Umfangs, in dem Ausländer Land kaufen und pachten können, wie sie in einigen EU-12 Mitgliedsstaaten existiert, weiter auszubauen.
- Effektiv bäuerliche, kleine, mittlere und Familienlandwirtschaft als Grundstein der EU-Landwirtschaft voranzubringen³. Eine starke Botschaft an die Kommission und die

² <http://www.fao.org/nr/tenure/voluntary-guidelines/en/>

³ http://ec.europa.eu/agriculture/family-farming/index_en.htm

Mitgliedsstaaten zu senden, damit sie alle Möglichkeiten der neuen GAP ausschöpfen, um kleinstrukturierte und Familienlandwirtschaft zu unterstützen. Im Zuge des Internationalen Jahres der Familienlandwirtschaft die Öffentlichkeit über die Vorteile und den Wert von bäuerlicher kleinstrukturierter und Familienlandwirtschaft zu unterrichten.

- Die Kommission und die Mitgliedsstaaten dazu zu drängen, alle gegebenen Möglichkeiten innerhalb der GAP und anderer EU-Strategien (z.B. Beschäftigung, Zusammenhalt, Erziehung und Lernen) zu nutzen, um den Generationswechsel und angehende Landwirt_innen zu unterstützen. Dies bei der nächsten GAP-Reform zur Priorität zu machen.
- Die Kommission und die Mitgliedsstaaten aufzurufen, alle gegebenen Möglichkeiten innerhalb der GAP und anderer EU-Strategien (z.B. Umwelt) zu nutzen, um ökologische Landwirtschaftsmethoden wie biologische Landwirtschaft oder extensive Tierhaltung zu fördern. Dies zu einer Priorität der nächsten GAP-Reform zu machen.

Zu guter Letzt, im Hinblick auf die notwendigen Entwicklungen für eine notwendige weitere Verbesserung der GAP in der nächsten Runde, schlagen wir vor, die notwendigen Änderungen in der Politik durchzuführen und insbesondere die folgenden rechtlichen Entwicklungen einzuleiten, um das Recht auf Nahrung und gerechte und nachhaltige Landverteilung sicherzustellen:

- Die (schnelle) Einführung einer Bodenkommunikation und Bodenrichtlinie zu unterstützen, die das Ziel, landwirtschaftlich nutzbare Flächen in allen Teilen Europas (inkl. Touristischer, Küsten- und Stadtrandgebiete) zu erhalten.
- Eine Richtlinie zu rechtem und nachhaltigem Zugang zu landwirtschaftlich nutzbaren Flächen voranzubringen.

Unterzeichner

Erstunterzeichner:

Europäische Koordination Via Campesina

Terre de liens

AIAB

Die Agronauten/Regionalwert AG

Weitere Unterzeichner (Stand: 11.2.15):

ActionAid international

aGter, international

ARC2020, international

CEEweb for Biodiversity, international

Demeter international, international

Friends of the Earth Europe
Groupe de Bruges, Europe
Slow Food international
Transnational institute, international
Urgenci, international

Amis de la Terre, France
Asociacion para la custodia del territorio y el desarrollo sostenible (ACUDE), Spain
Bio Consom'acteurs, France
Biodynamic Land Trust, UK
Bioforum, Belgium
Bündnis junge Landwirtschaft (BjL), Germany
Centro Internazionale Crocevia, Italy
Col.lectiu l'Esquella, Spain
Centro de Estudios Rurales y de Agricultura Internacional (CERAI), Spain
Coordinadora de Organizaciones de Agricultores y Ganaderos (COAG), Spain
Coordination GASAP/ SEGAL, Belgium
De Landgenoten, Belgium
Die Agronauten, Germany
EcoRuralis, Romania
EHNE-Bizkaia, Spain
Escola de Pastors de Catalunya, Spain
Federación de Comités de Solidaridad con el África Negra UMOYA, Spain
Fédération des Associations pour le développement de l'emploi agricole et rural (FADEAR), France
Fédération des Parcs naturels régionaux (FN PNR), France
Fédération Nationale des Centres d'Initiatives pour Valoriser l'Agriculture et le Milieu Rural (FN CIVAM), France
Federazione nazionale Pro Natura, Italy
FIAN Austria
FIAN Belgium
FIAN France
FIAN Germany
FIAN Netherlands
FIAN Sweden
Graëllsia, Grup d'Estudis i Comunicació Ambiental, Catalonia, Spain
Grup de defensa del Ter, Spain
Junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL), Germany
La Nef, France
Legambiente, Italy

Llavors Orientals, Catalonia, Spain
Mouvement d'action paysanne (MAP), Belgium
Mouvement interrégional des AMAP (MIRAMAP), France
Nature et Progrès, France
Nourish Scotland, UK
Real Farming Trust, UK
Scottish Crofting Federation, UK
Sindicato de Obreros del Campo, Spain
Sindicato Labrego Galego, Spain
Sociedad Española de Ornitología- SEO Birdlife, Spain
Soil Association, UK
SolaWi (German CSA network), Germany
Terra franca, Spain
Terre-en-vue, Belgium
TerreNuove, Italy
Xarxa de custodia del territori, Spain

Falls Sie diese Petition unterstützen, senden Sie Ihre Unterschrift bitte an:

Veronique Rioufol, Terre de liens: v.rioufol@terredeliens.org

und Marta Di Pierro, AIAB: marta.dipierro@gmail.com